

Equal Pay Day – auch ein Thema an Schulen

Die Kampagne der GEW zeigt Erfolge

Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen regeln die Besoldungsgesetze und die Tarifverträge (TVöD bzw. TV-L), wer wie viel verdient. Da sollte es gerecht zugehen, meint man. Natürlich gibt es keine offene Diskriminierung von Frauen. Und trotzdem: Viele weiblich dominierte Berufe waren und sind schlechter eingruppiert als traditionell „typisch männliche“ Tätigkeiten – auch die Arbeit an Grundschulen, in einigen Bundesländern außerdem die Arbeit in der Sekundarstufe I. Allerdings ist der öffentliche Dienst auch ein Beispiel dafür, dass die Situation in Branchen mit Tarifbindung – oder auch Besoldungsgesetzen – etwas besser ist. Der Gender Pay Gap, die geschlechtsspezifische Lohnlücke, ist hier etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Der Equal Pay Day (EPD) am 18. März 2018 markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Das ist in Deutschland ein Abstand von 21 Prozent oder 77 Tagen. So groß ist der Abstand zwischen A 12 – der üblichen Besoldung von Grundschullehrkräften – und A 13 Z – der Besoldung an Gymnasien und in der Oberstufe – nicht. Ziel des Equal Pay Day ist es, die Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland in die Öffentlichkeit zu tragen, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, zu sensibilisieren und Entscheider zu mobilisieren, damit sich die Lohnschere schließt.

Hier liegt die Schnittmenge mit der GEW-Kampagne JA 13. Es geht um den Wert pädagogischer Arbeit. Kleine Kinder kleines Geld, große Kinder großes Geld – diese Spielregel hat ausgedient. Für die ungleiche Bezahlung nach Schulformen lassen sich keine sachlichen Gründe mehr finden. Schon lange absolvieren alle Lehrkräfte eine gleichwertige und in vielen Bundesländern auch gleichlange wissenschaftliche Ausbildung. Und sie üben bei allen Unterschieden nach dem Alter der Kinder oder den Schulfächern und Schulformen eine gleichwertige Tätigkeit aus.



Foto: GEW-Bund

Die Erfolge geben uns recht: Die tarifpolitische Mobilisierung der GEW Berlin hat dazu geführt, dass dort eine Besoldungsreform angegangen wurde. Das war der Dammbbruch. Die kluge Verhandlungsführung der GEW Brandenburg hat auch dort den Weg für A 13 in der Primarstufe frei gemacht, auch



für Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung. Nun müssen andere Landesregierungen dazu gebracht werden, dass sie nachziehen. In der Debatte um Lehrkräftebezahlung spielt auch der Fachkräftemangel eine Rolle. Landesregierungen bewegen sich auch deshalb, um auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt noch konkurrenzfähig zu sein. Schon heute fehlen vor allem an Grundschulen qualifizierte Lehrkräfte. Der wachsende Anteil von Lehrkräften, der nicht für diese Schulform ausgebildet sind, ist besorgniserregend. Die Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern für das Grundschullehramt geht seit Jahren deutlich zurück. Es werden nicht genügend Plätze für Referendarinnen und Referendare angeboten. Für eine Aufwertung des Berufs durch gerechte und bessere Bezahlung ist es daher höchste Zeit.

FRAUKE GÜTZKOW
Mitglied des Geschäftsführenden
Vorstands der GEW, verantwortlich
für Frauenpolitik